

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Besitzergreis: Durch unsre
noten frei ins Land monatlich
20 Mf. Bei den Geschäftsbüros
angebaut monatlich 1,50 Mf. Bei
der Post befreit und seitdem abge-
zahlt vierzehntäglich 3,60 Mf., monatlich
1,20 Mf. Durch den Druckerei
bei uns Bauz. vierzehntäglich 4,00
Mf., monatlich 1,24 Mf. Preisheft
gleich in den Buchbindergeschäften
mit Ausnahme von Sonnen- und
Winterungen. Unsere Zeitungsaus-
gäger und Ausgabenbüros, sowie
die Postanstalten und Druckereien
nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenseite: Die Seite
gewidmete Zeitung oder Zeit-
raum für Anzeigen aus dem
Bereich Sachsen-Anhalt bis
ausserhalb Sachsen-Anhalt 20 Dfl. Bei
Sachsen-Anhalt 20 Dfl. Jede
Schrift, die geschrieben ist, erhält
eine entsprechende Anzahl von
Anzeigen. Für Schriften im Fach kann
Gewähr nicht geleistet werden,
wenn die Aufgabe der Anzeige
durch Fernsprecher erfolgt oder das
Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 65

Donnerstag, den 20. März 1919

14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Nach Pariser Meldungen soll der Vorfrieden in zwei Wochen in Versailles geschlossen werden.

Die innere Lage in England und Frankreich ist nach wie vor bedrohlich.

Für April soll ein Einstoss der Bolschewiki in Deutschland zu erwarten sein.

Die Feinde wollen Deutsch-Österreich große Zugeständnisse machen, wenn es vom Anschluss an Deutschland absieht.

Die Hamburger Seelente weigern sich, die deutsche Handelsflotte den Feinden auszuliefern.

Unsere Lebensmittelversorgung.

Die Bezahlung der Lebensmittel.

Über das Finanzabkommen in Brüssel erfahren wir, daß sich drei Hauptgruppen der Einfuhr unterscheiden lassen, die von den feindlichen Ländern und die von den Neutralen. Die ersten 270 000 Tonnen Lebensmittel sollen durch hundert Millionen Mark Gold und 25 Millionen goldindischer Wertpapiere bezahlt werden. Für die Bezahlung weiterer Bezüge lehnt die Entente Zahlungen in Reichsmark ab. Ebenso verwirkt sie Kredite auf inländische Werte. Es bleibt also nur der Ausfuhrwert der deutschen Waren und der Erlös von Ladungen deutscher Schiffe, die sich in fremden Häfen befinden. In den neutralen Ländern kann die Finanzierung durch Kreditgewährung auf ausländische Wertpapiere in deutscher Währung ermöglicht werden. Man hat auch an die deutschen Ansiedlungen im Auslande gedacht, bindende Vereinbarungen hierüber haben aber nicht stattgefunden. Ein weiteres Zahlungsmittel ist das Gold, doch stehen die Missionen auf dem Standpunkt, daß Deutschland seinen Goldschatz nicht für Lebensmittelkäufe verwenden soll. Das Gold soll einsteuern nur als Sicherheit in Brüssel deponiert werden. Für die Ausfuhr nach den Entente-Ländern kommen in erster Linie in Betracht Kohle, Kali, Holz und Harzstoffe. Für die Käufe von den Neutralen kommt erschwerend unsere starke Verpflichtung an sie in Frage. Die Entente beabsichtigt, die Neutralen zu einer Besprechung der Frage der deutschen schwedenden Kredite nach Paris einzuladen. Das könnte allerdings auch zu einer Art Konsultation über Deutschland führen.

Die Lebensmittelkäufe beginnen.

Marschall Foch hat folgendes Telegramm an die Waffenstillstandscommission in Spa angesetzt: Die Verhandlungsbeteiligung des obersten Wirtschaftsrates bringt mir Kenntnis, daß infolge der Brüsseler Verhandlungen zwei französische Delegierte am Donnerstag, den 20. März, nachmittags 4 Uhr, in Rotterdam im Hotel Maas eintreffen werden, um über den Verkauf von Palmöl, Fässen und anderen Produkten zu verhandeln. Es wird gebeten, die Vertreter der deutschen Regierung bei der Waffenstillstandscommission davon zu benachrichtigen.

Dienstverweigerung der Seelente.

Laut „Volksanzeiger“ wurde in Hamburg in einer Massenversammlung der Seelente im Circus Busch einstimmig folgende Entschließung angenommen: Die heutige Versammlung der Seelente aller Art verwirkt die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Handelsflotte und macht es allen deutschen Seelente und Arbeitern zur Pflicht, die Arbeit auf den Schiffen zu verweigern. Begründet wurde die Entschließung damit, daß wir außer den von der Entente garantierten ersten Lieferung von Lebensmitteln nach der Auslieferung unserer Handelsflotte keine Gewähr dafür haben, auch tatsächlich weitere Lebensmittel zu erhalten.

Amerika braucht Frieden in Europa.

Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover erklärte in einer Unterredung, der schwierigste Teil des ganzen Lebensmittelproblems sei die Haftungsfrage. Europa könne nicht damit fortfahren, seine üppigen Reserven auszugeben, um sich Kredit für Lebensmittel zu verschaffen. Die Reserven an Kredit in der ganzen Welt wären für die Versorgung Europas nicht ausreichend, wenn es nicht sofort zur Produktion von Bedarfssorten zurückkehre. Hoover fuhr fort: Wir arbeiten auf einer gänzlich künstlichen Grundlage, verschafften Lebensmittel auf Kredit und nehmen flüssige Hilfslieferungen verschiedener Länder Euro- pa als Tauschobjekt ohne entsprechenden Umtausch von

Bedarfssorten. Das kann einfach nicht so weitergehen, und wenn Europa nicht in sehr kurzer Zeit zur Arbeit zurückkehrt, so werden wir in einem Jahre eine Wiederholung der jetzigen Nahrungsmittelskrise erleben, und die Welt wird dann die Erschütterung viel schwerer ertragen als jetzt. Wir müssen so rasch wie möglich Frieden haben, und dann können alle Länder zur Arbeit zurückkehren.

Pichon über die großdeutsche Frage

Zugeständnisse an Deutschland.

Der Pariser Korrespondent der Zeitung „Aston-blade“ hatte mit dem französischen Minister des Innern Pichon eine Unterredung, in der der Minister erklärte, daß der Beschluss der Lebensmittelversorgung Deutschlands sicher große Verbündungen in den Beziehungen Deutschlands zu den neutralen Staaten mit sich führen werde. Was die Vereinigung Deutsch-Österreich mit Deutschland angeht, so erklärte Pichon, daß man zweifellos Deutsch-Österreich grohe wirtschaftliche, militärische und politische Vorteile zusagen werde, falls Deutsch-Österreich als ein neutrales Land außerhalb Deutschlands verbleibe. Man glaubt, daß auch Deutsch-Österreich diese Vorteile nicht ohne weiteres ignorieren werde. Auf die Frage, ob Frankreich freiwillige nach Polen schicken werde, antwortete Pichon: „Keine Soldaten, bloß Offiziersabteilungen mit einem Generalgemäß dem Abkommen, das die Entente mit den Polen getroffen hat.“ Das in Amerika verbreitete Gericht, daß die französische Regierung die Sowjetregierung anerkennen wolle, dementierte Pichon категорisch.

Warnungen der französischen Presse.

Amischen der internationalen Pariser Presse und den rechtsseitigen Blättern findet eine scharfe Polexit über die Gefährdung der internationalen Lage durch gewisse Tendenzen statt. Marcel Cachin ruft in Humanite: Wenn unsere Freunde glauben, den Krieg durch den Sieg der Liga (d. h. des Völkerbundes) abschaffen zu können, so sind sie in einer schweren Illusion besessen. Das Gewitter steigt überall herauf! In Russland, Deutschland, im alten Österreich streben die Völker mit aller Kraft nach einer neuen Ordnung. Auch bei uns in Frankreich werden die Fälligkeitstermine festgestellt. Weiters macht sich eine Beunruhigung der Geister bemerkbar, die großen historischen Ereignissen vorausgeht. Während dessen versuchen unsere Freunde einzige einen Gewaltfrieden zu erringen und leisten in wahnhafter Weise dem einzigen Mannen Widerstand, der allein den verhängnisvollen Konflikt vermeiden könnte. (Wilson.) Die R. L. führt aus, daß das sich immer mehr bemerkbar machende Unbehagen auf die langsame Demobilisierung zurückzuführen sei, und schreibt: Wenn der Kriegszustand weiter verschleppt wird und unzählige Milliarden hinausgeworfen werden, können in einigen Wochen Ereignisse eintreten, deren Tragweite man heute nicht abschätzen kann.

In zwei Wochen Frieden!

Der Brief Wilsons, Clemenceau und Orlando an Lloyd George (über den wir an anderer Stelle berichten) wurde in Paris veröffentlicht: in demselben heißt es u. a.: Um zu begreifen, daß die Welt längst auf den Frieden zu warten braucht, ersuchen wir dringend, daß Sie in Paris verbleiben, bis die hauptsächlichsten Friedensfragen geregelt sind. Wir hoffen, daß dieses hochwichtige Ergebnis in weniger als zwei Wochen erreicht werden kann.

Lloyd George hat beschlossen, Paris vorläufig nicht zu verlassen, um an den wichtigen Beratungen über die Friedenskonferenz und den Völkerbund teilzunehmen.

Der Völkerbund muß die Neutralen.

Nach einer Meldung der Schwizerischen Tageszeitung hat die vom Präsidenten Wilson geleitete Völkerbundskommission der Pariser Konferenz die Neutralen aufgefordert, Anträge auf Abänderung des Vorentwurfes für eine Völkerbundserfassung bekannt zu geben. Die internationale Völkerbundskonferenz in Bern hat darauf folgende Anforderungen vorgeschlagen: Statt der vorgeschlagenen Delegiertenversammlung soll ein aus direkten Wahlwählern hervorgegangenes Völkerparlament geschaffen werden, dem die alleinige gesetzgebende Gewalt zustehen soll. Auf je 1 Million Wahlberechtigter soll nach dem Proportionalen System ein Abgeordneter zum Völkerparlament kommen. Der Völkerbund soll alle Staaten umfassen, die das Selbstbestimmungsrecht haben, welche die zur Ausführung der Bestimmungen des Völkerrechts hinreichenden organisatorischen Einrichtungen aufweisen. Dem jüdischen Volke kommt das Recht zum Beitritt zum Völkerbund grundsätzlich zu. Dem Heiligen Stuhl möge eine Stelle im Völkerbund eingeräumt werden.

Ein internationales Gericht und ein internationales Vermittlungsamt sollen geschaffen werden, deren Entscheidungen sich die Staaten unter Ausschluß jedes Krieges zu unterwerfen haben. Der Vermittlungsrat soll zusammengelegt sein aus Persönlichkeit, die vermögen ihres internationalen Ansehens allgemeines Vertrauen genießen und dem Völkerparlament die Ernenntung des Fachministerien vorschlagen.

Deutsche Kabel und Nieler Kanal.

Der Pariser oberste Kriegsrat hat noch die beiden Fragen der deutschen Kabel und des Nieler Kanals zu regeln. Es handelt sich dabei darum, ob die deutschen Kabel zurückgegeben oder unter die Alliierten verteilt werden sollen und ob der Nieler Kanal im Westen des Deutschen belassen werden soll unter der Bedingung der Schließung der Festungen oder ob die Durchfahrt internationalisiert werden soll. Es scheint, daß die Verteilung der Kabel unter die Alliierten und die Einrichtung einer Internationalen Verwaltung ähnlich wie beim Suezkanal sehr ins Auge gefaßt werden sollen. Beide Fragen sollen in wenigen Tagen entschieden werden.

Vom Obersten Kriegsrat in Paris.

Deutschlands Entwaffnung. — Der Präliminarfrieden.

Aus Paris wird vom Dienstag offiziell gemeldet: In den Beratungen des Obersten Kriegsrates trat die völkerliche Übereinkunft ein im Sinne der Meinungen zu Tage. Präsident Wilson hatte wieder den Worten der amerikanischen Delegation inne. Clemenceau, Lloyd George, Orlando, Foch, General Desgouttes und die militärischen Sachverständigen des Flotten- und Flugwesens waren ebenfalls anwesend. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der entgültigen Festlegung des Textes der Bedingungen, die Deutschland hinsichtlich seines Heeres, Flotten- und Flugwesens auferlegt werden sollen. Der vom Redaktionsausschuß der Alliierten vorgefaßte Wortlaut wurde angenommen. Bekanntlich ist darin die Abrüstung Deutschlands vorgesehen, wonach es seine militärische Organisation auf allen Gebieten zwei Monate nach Unterzeichnung, den ihm auferlegten Bedingungen anzupassen hat. Die Zahl von 100000 Mann ist ein ständiges Heer wird beibehalten, beseitigt das System der freiwilligen Rekrutierung auf zwölfjährige Dienstzeit, ferner die Abschaffung der Rüstungen, der Kriegsabtriebe, der Kriegsflotte und des Militärflugwesens. An dem Entwurf werden nur Abänderungen von untergeordneter Bedeutung vorgenommen werden, deren wichtigste in der Vereinfachung der militärischen Hilfsmittel für die Rüstung Deutschlands besteht.

Der Rat beschäftigte sich auch mit der Frage, ob die endgültigen Bedingungen Deutschland in Form eines Waffenstillstandes oder im Präliminarfrieden vorzulegen seien. Es scheint mehr die Meinung zu bestehen, die Friedensprälimarien zu beschleunigen, als ein weiteres Waffenstillstandsabkommen abzuschließen. Eine Entscheidung wurde noch nicht getroffen.

Ein Brief an Lloyd George.

Bei der vorigestrichenen Sitzung des obersten Kriegsrates wurde Lloyd George ein von Präsident Wilson, Clemenceau und Orlando unterschriebener Brief übergeben, worin er dringend aufgefordert wird, seine geplante Rückkehr nach England um zwei Wochen zu verschieben angehoben. Bekanntlich ist darin die Abrüstung Deutschlands vorgesehen, wonach es seine militärische Organisation auf allen Gebieten zwei Monate nach Unterzeichnung, den ihm auferlegten Bedingungen anzupassen hat. Die Zahl von 100000 Mann ist ein ständiges Heer wird beibehalten, beseitigt das System der freiwilligen Rekrutierung auf zwölfjährige Dienstzeit, ferner die Abschaffung der Rüstungen, der Kriegsabtriebe, der Kriegsflotte und des Militärflugwesens. An dem Entwurf werden nur Abänderungen von untergeordneter Bedeutung vorgenommen werden, deren wichtigste in der Vereinfachung der militärischen Hilfsmittel für die Rüstung Deutschlands besteht.

Schwierigkeiten mit der englischen Arbeiterschaft.

Der Amsterdamer Telegraph meldet aus London, daß Lloyd George im Hinblick auf die Schwierigkeiten mit der englischen Arbeiterschaft den Arbeitersührer Thomas erucht hat, sofort nach Frankreich zu kommen. Thomas begab sich im Flugzeug nach Paris. Vorher jagte Thomas zu Journalisten, die Aussichten seien sehr schlecht. Der Arbeiterscorrespondent des Daily Chronicle bezeichnet die Lage in der englischen Arbeiterschaft als gefährlich.

Geplanter Bolschewiki-Einstoss in Deutschland.

Mobilisierung von 150000 Mann.

Die Times erichtet aus Helsingfors: Die Moskauer Regierung hat auf Drängen Krook dem Roten Generalstab befohlen, baldig einen Plan für die Bildung einer Armee von 150000 Mann zu entwerfen, um damit im April oder Mai in Deutschland über Polen und Russland einzufallen zu können. Das Hauptziel dieser Armee sollte sein, die Spartakisten in Deutschland zu unterstützen und die etwa 100000 Mann zufälligen Kriegsgefangenen für offensive oder defensive Bewaffnung freizumachen.

Die neuen Steuern.

Ein schönes Budget.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die Vorbereitung der neuen Steuern des Reiches ist nunmehr so weit gesiedert, daß damit begonnen werden kann, die einzelnen Entwürfe je nach ihrer Herstellung dem Staatenrat zu überreichen, damit sie möglichst schnell vor ihm an die Nationalversammlung gelangen. Bündigt werden den Staatenrat die Entwürfe einer Kriegsabgabe für 1919, einer Vermögenszuwachssteuer, einer Kapitalertragsteuer, einer Grundwechselabgabe, einer Vergnügungssteuer, einer Tabaksteuer und einer Spielskartensteuer beschließen. Der Entwurf einer Erbschaftssteuer wird in kurzen Abständen weitere Gesetzentwürfe folgen, und das ganze Werk soll durch die große Vermögensabgabe geträumt werden.

Über eine Reichsergänzungssteuer meldet die B. Z., daß diese Steuer sich gleichmäßig auf Theater, Kinos, Konzerte, Bälle und Jahrmarktsleistungen erstrecken wird. Geplant sei eine Besteuerung der Eintrittskarten von 10—30 und mehr Prozent Staffelung. Die neue Tabaksteuer hat man als Bandolensteuer auf Zigaretten gedacht. Die Grundwechselabgabe stellt eine Vereinheitlichung aller bisherigen Grundumsatzsteuern dar. Die Spielskartensteuer soll wesentlich verschärft werden. Die Erbschaftssteuer soll auch auf Descendentes und Ehefrauen ausgedehnt werden.

Kleine politische Meldungen.

Die Reichseisenbahnen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung bestätigt, daß zwischen dem Kaiserreich und Preußen Verhandlungen wegen Übernahme des gesamten Eisenbahnwesens durch das Reich stattgefunden haben. Es ist anzunehmen, daß in die Reichsverfassung eine Freiheitserklärung aufgenommen wird, bis zu deren Abschluß die Verstaatlichung zu erfolgen hat. Am Dienstag soll eine Konferenz mit Vertretern Bayerns, Sachsen, Badens, Westfalens und Oldenburgs in beruflicher Angelegenheit stattfinden.

Die Verantwortung der Räte in der Verfassung. Die Reichsregierung hat sich eingehend mit der gesetzlichen Festlegung der Befugnisse der Betriebsräte und der Art, wie die Arbeiterräte in die Verfassung eingefügt werden sollen, befaßt. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß das Ergebnis schon in allernächster Zeit dem Verfassungsausschuß zugehen wird.

Besprechungen im großen Hauptquartier. Reichswehrminister Rosse und General von Winterfeldt trafen am Dienstag zu Besprechungen mit Generalfeldmarschall von Hindenburg in Kolberg ein.

Einsizeerlaubnis für Angehörige der Entente. Die Zahl der militärischen und zivilen Kommissionen der Entente, die seit November vorigen Jahres Deutschland bereisen, hat einen auffallenden Umfang angenommen. Nun ist die Frage im Kabinett geprägt und dahin entschieden worden, daß von jetzt ab kein Angehöriger der Alliierten ohne besondere Erlaubnis der Waffenstillstandskommission Deutschland verlassen darf.

Wien selbständiges Gebiet? Wie das Neue Wiener Tageblatt meldet, wird gegenwärtig von maßgebenden Stellen über den Plan einer Selbständigkeit und Loslösung der Stadt Wien von Lande Niederösterreich, verbunden mit einer Vergrößerung des Stadtgebietes, beraten.

Große Unruhen in New York. Dem Telegraphen zufolge haben in New York ernste Unruhen stattgefunden. Die Unzufriedenheit bei den Arbeitern wächst täglich. Der Stadtbahnverkehr wurde eingestellt. Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, die Unruhen zu unterdrücken. Der New Yorker Hafen liegt still. Die Arbeitslosigkeit hat während der letzten zwei Monate um 67 Prozent zugenommen.

Von der Waffenstillstandskommission. In der letzten Sitzung der Kommission wies General von Hammerstein auf die polnische Agitation an der Grenze Schlesiens hin, wo die Polen unter dem Deckmantel des Volksbewegungsmobilitätsvereins die Ziele verfolgten. Auch in Westpreußen und zum Teil in noch westlicher gelegenen deutschen Gebieten sind sie sehr tätig, statt nach Osten gegen die Volksbewegung aktiv zu werden. General Sudant bemerkte hierzu, der französische General Henry sei zu dem polnischen Oberbefehlshaber nach Warschau entsandt worden, um den Widerstand an der Ostfront zu organisieren; es sei zu hoffen, daß in kurzem eine Schranke gegen das weitere polnisch-westliche Einreden errichtet werde.

Ergebnislose Verhandlungen in Posen. Nach einigen Tagen Unterbrechung haben die Verhandlungen zwischen der deutschen und der alliierten Kommission in Posen am 18. d. J. ihren Fortgang genommen. Die Verhandlungen über die Zurücknahme der Artillerie auf beiden Seiten führen zu keinem Ergebnis. Ferner verlangten die alliierten Vertreter raschste Entscheidung über die Landung der polnischen Division in Danzig und deren Transport nach Polen, andernfalls würde Danzig besetzt werden. Der Vorsitzende der deutschen Kommission protestierte dagegen.

Das englische Heer als Druckmittel. Einer Neutermeldung zufolge erklärte Churchill im Unterhaus, es sei unmöglich zu sagen, wie lange die britische Armee am Rhein stehen müsse, um einen Druck auf die deutsche Politik auszuüben.

Die Pässe verweigert. Laut Vorwärts hat die englische Regierung den englischen Mitgliedern der in Bern eingesezten internationalen Sozialistenkonferenz zur Untersuchung der Lage in Rußland die Pässe verweigert.

Ein Sozialisierungministerium in Ungarn. Der ungarische Ministerrat beschloß die Errichtung eines Sozialisierungministeriums, das die in der Verwaltung der verschiedenen Ministerien befindlichen Industriebetriebe übernehmen, ferner die staatliche Verwaltung der zur Sozialisierung reifen Industriegebiete vorbereiten und durchführen wird.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin abgelehnt. In der gestrigen Sitzung der preußischen Landesversammlung wurde der Antrag Adolf Hoffmann (unabh. Soz.) auf Aufhebung des Belagerungszustandes in einfacher, der Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission, bestehend aus Mitgliedern der Landesversammlung und des Volksrates, in namenlicher Abstimmung mit 342 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Stimmreiche Gegenpartei erregte es, als Hoffmann lobte, in das Studium von Alten vertieft, gegen seinen Antrag stimmte. Der Antrag der Mehrheitssozialisten auf Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern, die die Ursachen über die Unruhen und den Verlauf der Berliner Märzunruhen feststellen soll, wurde einstimmig

angenommen. — Nach der Doss. Bdg. soll auf Befehl der Regierung zum Schutz des Eigentums in Berlin und Vororten eine Einwohnermeile aufgestellt werden, mit deren Ausstellung die Gardesavallerie-Schützen-Division beauftragt worden ist.

Prozeß Villain. Der Prozeß gegen den Mörder von Jaurès wird in Paris am 24. März beginnen. Die Verhandlung wird ungefähr sechs Tage in Anspruch nehmen.

Schiffbruch. Die französische Marine hat die in Spanien internierten deutschen Unterseeboote in Besitz genommen.

Von Stadt und Land.

Aue, 20. März.

Allgemeine Volksschule und Einheitschule.

Wessentlicher Vortragsabend in Aue.

a. Das für die Eltern wie die heranwachsende Jugend selbst für die geistige und damit auch wirtschaftliche Entwicklung des zukünftigen Deutschlands gleich bedeutungsvolle Thema der allgemeinen Volksschule und Einheitschule behandelte am Dienstagabend im Auftrage der Auer Lehrerschaft im Saale des Bürgergartens in eingehendem, tiefangelegtem Vortrage Bürgermeister Wolf, Mitglied des städtischen Schulausschusses. Zum erstenmal fand damit die Angelegenheit in breiterer Öffentlichkeit Erörterung, nachdem sie bisher im Schulausschuss und in den Vertretungen der Lehrerschaft Gegenstand ausgedehnter Beratungen gewesen war. Am 8. d. J. ist im Schulausschuss auch schon eine Entscheidung dahin getroffen worden, in Aue ab 1. April 1919 die allgemeine Volksschule einzuführen und in der ersten Bürgerchule den Anfang damit zu machen mit den untersten drei Klassen. Über diese Schulausschusssitzung berichteten wir ausführlich in unserer Nr. 54 vom 8. März, insbesondere auch über die Ausführungen, die bei dieser Gelegenheit Bürgermeister Hofmann über Wege und Gliederung der allgemeinen Volksschule machte. Diese Darlegungen deuten sich naturgemäß mit denen des Vortrages am Dienstagabend, so daß wir unser Leser hinsichtlich dessen auf den angeführten Tageblattbericht verweisen. Zur Ergänzung und Verdichtung jedoch der neuen Einrichtung unseres Schulwesens, wollen wir in Nachstehendem auf einige besonders wichtige Punkte des Wolf'schen Vortrages näher eingehen.

Was versteht man unter Einheitschule?

Diese Frage bewarbte Redner mit den Worten des Generalsekretärs des deutschen Lehrervereins, Tews, wie folgt: Unter der Einheitschule versteht man das gesamte Gebiet des öffentlichen Unterrichts vom Kindergarten bis zur Hochschule mit allen seinen Gliederungen und Verzweigungen auf den verschiedensten Stufen des Unterrichtswesens, in eine lebensvolle Verbindung aller Teile zu einem Ganzen gebracht. — Hierin will also die Einheitschule darüber eintheilen, daß ein Kind, das Begabung und Neigung zeigt, einen kindlichen Aufstieg vom Kindergarten bis zur Hochschule haben kann. Wie dies nun erreicht werden soll, setzte Bürgermeister Wolf in eingehender Weise auseinander. Als besonders bemerkenswert erwähnen wir, daß die Einheitschule alle Schulanstalten des Staates in eine solche Verbindung miteinander bringen soll, daß der Schüler nach Abschluß eines Lehrganges nirgends auf einen toten Strang kommt, vielmehr überall Anschluß an eine weiterführende allgemeine oder Fachschule findet. Als besonders bemerkenswert erwähnen wir, daß die Einheitschule alle Schulanstalten des Staates in eine solche Verbindung miteinander bringen soll, daß der Schüler nach Abschluß eines Lehrganges nirgends auf einen toten Strang kommt, vielmehr überall Anschluß an eine weiterführende allgemeine oder Fachschule findet.

Redner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweise, daß es diese Oster schule möglich sei, eine Unzahl hochbegabter Schüler auf Kosten der Stadt der Oberrealschule zuzuführen, die obligatorische Mädchenfortbildungsschule einzurichten und die bestreitbare Umschulung aller volksschulpflichtigen Kinder vorzunehmen. Seinen Darlegungen wurde lebhafte Zustimmung zu teil, worauf in einer

Volksschule) ein. Nach dem vierten Schuljahr findet die erste Auslese statt; die Befähigten gehen nach der Oberrealschule (solche, die zur Universität oder sich überhaupt eine allgemeine höhere Bildung eigne wollen). Die Zurückbleibenden werden differenziert und in A., B. und C.-Klassen verteilt. (Babylon, Normal- und Förderklassen.) Die Hilfsschule läuft vom zweiten Schuljahr ab besonders. Die Differenzierten besuchen dann noch vier Jahre lang die allgemeine Volksschule (Mittelstufe). Nach dem siebten Schuljahr muß in den A.-Klassen, die vom fünften Schuljahr ab auch fremdsprachlichen Unterricht betreiben, noch ein Übergang zur Oberrealschule möglich sein, daher wird zu Anfang des siebten Schuljahres ein Webstangenkursus eingerichtet, der die Hochbegabten, die sich als solche noch erwiesen haben, für die Oberrealschule vorbereitet. Ebenso können nach Abschluß des siebten Schuljahrs Schüler in die höhere Handelsschule eintreten, jedoch diese Schüler nach einem dreijährigen Kursus das Reifezeugnis erlangen wie auf einer Realschule (mit 16 Jahren). An die Volksschule schließen sich dann die Fortbildungsschulen an (Handelsschule, Landwirtschaftliche Schule, Fachschule für Metallbearbeitung u. Installation, Gewerbeschule, Allgemeine Fortbildungsschule). In der Regel werden für die Handelsschule die A.-Klassen in Betracht kommen, deren Schüler sich dem Kaufmannsstand widmen wollen. Die Gewerbeschule, Landwirtschaftliche Schule, Fachschule für Metallbearbeitung und Installation besuchen die Schüler, die einen praktischen Beruf ergreifen wollen. Schüler, die aus den Förderklassen kommen, besuchen die Allgemeine Fortbildungsschule. Wer vor dieser sich in seinem Berufe tüchtig erpräst, kann in die Gewerbeschule übergeführt werden. Sonder tüchtige Schüler der Gewerbeschule steht dann noch der Weg in die höhere Gewerbeschule und dann zur technischen Hochschule offen, solchen der höheren Handelsschule gut.

Bei den Mädchen ist der Gang ebenso; nach der allgemeinen Volksschule besuchen sie je nach Begabung und Neigung die Frauenfachschule, die Haushaltungsschule oder die Allgemeine Mädchen-Fortbildungsschule. An diese Schulen schließen sich dann noch freiwillige Fortbildungskurse (Mutterschulen) an.

Redner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweise, daß es diese Oster schule möglich sei, eine Unzahl hochbegabter Schüler auf Kosten der Stadt der Oberrealschule zuzuführen, die obligatorische Mädchenfortbildungsschule einzurichten und die bestreitbare Umschulung aller volksschulpflichtigen Kinder vorzunehmen. Seinen Darlegungen wurde lebhafte Zustimmung zu teil, worauf in einer

Ausprache

eingetreten wurde. Realschuldirektor Wittinger machte einige sachliche Einwendungen, vor allem hielt er die Frage der kostenlosen Überweisung von Schülern in die Oberrealschule nicht für gesetzlich, wie er auch glaubte, daß in der Volksschulleherschaft noch keine völlige Einigkeit in verschiedenen Fragen der Schulreform erzielt sei. Bürgermeister Wolf erwiderte kurz, dabei besonders betont, daß die Auer Lehrerschaft geschlossen hinter der Förderung der Einheitschule stehe; die große Mehrzahl sei auch für die Einführung aller vier Grundschulstufen in der ersten Bürgerchule von Oster 1919 ab. Bürgermeister Hofmann stimmte zu, daß Schulgelbfreiheit für der Oberrealschule bestreitbare Schüler durch die bestehenden Mittel sich ermöglichen lasse, es halte es aber nicht für ratsam, durch freie Lehrmittel und Übungsnahme des Lebensunterhaltes den Eltern alle Verantwortung für die Kinder abzunehmen, die doch alle selbst aus innerer Freude gern für ihre Kinder sorgen möchten. Weiter erläuterte er ausführlich die unfreien Eltern bekannte Stellungnahme des Schulausschusses, der sich für Einführung vorläufig nur dreier Grundschuljahre entschieden hat, wobei er feststellte, daß die erste Bürgerchule nicht nur Kinder sogenannter Besserstuhler besuchen, sondern auch sehr viele Kinder von Arbeitern; nach einer neuen Statistik waren unter 40 Schülern nur 5 bis 6 Kinder Besserstuhler. Demgegenüber sah Lehrer Weinhold für möglichst schnelle Einführung der gesamten Allgemeinen Volksschule ein, womit die Aussprache und auch die Verfassung beendet war, die unter Leitung des Bürgermeisters Wiegner stand, der sie mit einer Aussprache eröffnet hatte und nun auch wieder schloß. Unwendl waren viele Eltern, insbesondere Mütter, Direktoren und Lehrer der hiesigen Schulen, Berater bei städtischen Ämtern und Kämmern.

Sofort lieferbare Lebensmittel. Einer Neutermeldung aus Paris zufolge sind im Hinblick auf die Lieferung der ersten 270 000 Tonnen Lebensmittel für Deutschland von den verschiedenen alliierten Regierungen als sofort lieferbar angegeben worden: Von der britischen Regierung 80 000 Tonnen Brot, 10 000 Tonnen konfektierter Milch, 20 000 Tonnen Pflanzenöl, 3000 Tonnen Margarine, 2000 Tonnen Bratenfett, 35 000 Tonnen Reis, 50 000 Tonnen Rangoonbohnen, 15 000 Tonnen Hafermehl, 10 000 Tonnen Roggengemehl; von der französischen Regierung Käflau, Wanikamehl und 15 000 Tonnen Palmkerne, die Schlagschmalz 15 000 Tonnen Palmöl enthalten; von Vorräten der amerikanischen Korngesellschaft in Europa 40 000 Tonnen Weizenmehl, 20 000 Tonnen anderer Mehlsorten und 80 000 Roggen. Die erste Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in Höhe von 800 000 Tonnen wird innerhalb 20 Tagen geliefert und von Rotterdam aus verschifft werden. Die Preise dieser Lebensmittel werden wesentlich höher sein als die Inlandspreise. Bei Speck und Fett werden sich die neuen Preise nicht wesentlich erhöhen machen.

Erhöhung der Quartierleistungen. Wie aus Dresden gemeldet wird, hat Oberpräsident Dr. Dietel in der sächsischen Volkskammer einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, sofort Maßnahmen zu treffen, 1. daß den Gemeinden, die zur Durchführung des militärischen Grenzschutzes Quartierleistungen zu erfüllen haben, die Entschädigungen des Quartierleistungsgesetzes den gegenwärtigen Lebensverhältnissen entsprechend erhöht und 2. Maßnahmen, die durch den Grenzschutz für die Bevölkerung entstanden sind, beseitigt werden.

Prämien für Schwerarbeiter. Wie die „B. Z.“ hört, ist beabsichtigt, aus gewissen, auf Grund des Lebensmittelabkommen eingeführten Lebensmitteln, besonders Brot und Speck, Prämien auszulegen, um den jungen Schwerarbeitern, besonders im Bergbau, die ihre Arbeitsleistung von Monat zu Monat festzustellen. Prämien in Lebensmitteln gewähren zu können.

Lebensmittel am Preiskrieg: Haferflocken und Reis.

die soziale Trennung in Fortfall kommen muß. Jetzt sieht die Sache so, daß gesellschaftlich und wirtschaftlich Besserstuhler glauben, ihre Kinder in eine besondere Standesschule schicken zu müssen, sich zu Hause aber wenig um ihre Kinder kümmern. Oft aber wohnen alle guten Geister, die das Kind beschützen können, unter einem beschleierten Dache und in düsterer Behausung, und es liegt nur an der Mitte des Lebens, daß das Kind am Aufstieg gehemmt wird. Deshalb soll kein Schulgebäude mehr erhöhen werden. Diese Forderung sei eigentlich selbstverständlich, denn aus dem Schulzwang, den der Staat eingesetzt hat, erwächst ihm auch die Pflicht, die Kosten dafür zu tragen. Die Hauptförderung der Einheitschule, organischer Anschluß aller unteren Lehrstufen an die weltverbündenden Bildungsanstalten, ist nur dann ausführbar, wenn auch die wirtschaftlichen Hindernisse für die Hochbegabten aus unbestimmtem Volkschichten beseitigt werden. Dazu gehört natürlich auch Beseitigung des Lebensunterhalts für die Zeit der Ausbildung.

Im 2. Teile seines Vortrages schilberte Redner den Aufbau der Allgemeinen Volksschule, wie ihn unsere Freunde aus Nr. 54 unseres Blattes kennen, und sam sodann darauf zu sprechen, wie in unserer Stadt der Gedanke der Einheitschule verwirklicht werden kann. An der Hand einer schematischen Aufzeichnung erläuterte er dies, die Frage aufwerfend und beantwortend:

Wie wird Aue die Durchführung der Einheitschule in Aue gestalten?

Dieser Teil des Wolf'schen Vortrages gipfelte in folgendem: Nach dem Besuch des Volksskindergartens treten die Kinder in die Grundschule (Unterstufe der allgemeinen

Bau Gesetz zur Wohnungsbefriedigung in Kassel. Für diejenigen, die am 1. April ihre Wohnung wechseln müssen, sei auf eine wichtige Bekanntmachung des Blattes in der heutigen Nummer unseres Blattes hingewiesen.

Die Sommerzeit. Die Reichsregierung beabsichtigt, die Sommerzeit vom 28. April an wieder einzuführen.

8,50 Mark Mindestlohn für Eisenbahnarbeiter. Die Vertrauensleute der preußischen Eisenbahnarbeiter haben in einer Besprechung in Berlin beschlossen, bei den Behörden zu beantragen, daß für alle Eisenbahnarbeiter ein Mindeststundlohn von 8,50 Mark festgesetzt werden soll.

m. Boden, 18. März. Aus der Gemeinderatssitzung am 18. März: Mit Abschluß von Kartoffelsernteverträgen erklärt man sich einverstanden. Die Preise für Lebensmittel sind in den betreffenden Verkaufsstellen öffentlich auszuhängen. Der Verkauf von Nahrungsmittel hat fortan gleichmäßig erst einen Tag nach ihrer Verteilung zu beginnen. Mit Realverpflichtung bzw. Veräußerung zu baulichen Bauten bei Orts. Nr. 58 und 112 C, verschiedenen Straßenausbauteilen und Wasserleitungsbauarbeiten nach den Vorschlägen des Bauausschusses erklärt man sich einverstanden, ebenso mit dem Erwerb von ca. 8 Hektar Baugelände an der Hohen Straße zum Preis von 1,75 Mf. für den Quadratmeter. Der Ausleihung von 4000 Mf. in Kreditebriefen an die Reichsbank gegen 1 Proz. Entgelt wird zugestimmt.

Vöhringen, 18. März. Sämtliche unbesoldeten Mitglieder des Stadtrats haben ihr Amt niedergelegt.

Schwarzenberg, 18. März. Von der Polizei wurden heute zwei junge Leute festgenommen, die in der Nacht zum 21. November 1918 Treibriemen in der Wenzerschen Fabrik gestohlen haben. Das Gedoc soll, wie die Liebe angeben, von einem hiesigen Schuhmacher verarbeitet worden sein.

Schneeberg, 18. März. Am Sonnabend wurde eine aus Vertretern der städtischen Körperschaften zusammengesetzte Deputation von Kultusminister Buck empfangen, die ihm die Bitte um Erhaltung des hiesigen Gymnasiums, jetz es in der jetzigen Form des humanistischen Gymnasiums, jetz es in der Form eines Reformgymnasiums, vortrug. Der Minister erklärte, daß nicht die Absicht bestrebe, das Gymnasium aufzuhören, und daß auch vorläufig an seiner Gestaltung nichts geändert werde.

Plauen, 19. März. Das Goldwarengeschäft von Gustav Thon, hier, wo vor kurzem ein als Käufer auftretender junger Mann in Soldatenuniform in frischer Weise drei Brillanten im Werte von 7000 Mark raubte, ist in vergangener Nacht von Einbrechern heimgesucht worden. Den Spitzbüben gelang es, mit Gold- und Silbersachen im Werte von 20000 Mark zu entkommen.

Chemnitz, 19. März. Über Unruhen im Gefangenensemäger Eberdorf wird berichtet: Gestern nachmittag revoltierten im Gefangenensemäger Eberdorf die russischen Gefangenen. Ausgerüstet mit Revolvern und Handgranaten, verluden sie aus dem Lager auszubrechen. Der zuständige Befehlshaber des Lagers sah sich schließlich gezwungen, der Wache den Befehl zu geben: Wie man erfahren hat, sollen zwei Gefangene tot, zwei schwer und eine Unzahl leicht verletzt sein. Von der Wache wurden zwei Männer leicht verletzt. — Wer waren die Gewissenslosen, die die Gefangenen mit Waffen und Handgranaten ausrüsteten?

Großenhain, 19. März. Einem ehemaligen hiesigen Koch, der mit seiner Frau vom hiesigen Berliner Bahnhof nach Berlin abkomponieren wollte, wurden vorher 675 Gier, alle sein läuterlich verpackt, abgenommen.

Vermischtes.

Wiene Källager in Lippe? Dem Ippischen Landtag, dem am Donnerstag, den 20. März, zusammentreten, ging eine Vorlage auf Bewilligung von 60000 Mark zu zwecks erneuter Bohrungen auf Kali. Im März 1917 hatte der Landtag 120000 Mark für Kalibohrungen zur Verfügung gestellt, doch hatten diese Untersuchungen keinen Erfolg. Neuerdings glaubt man, daß bei Herlinghausen ein erhebliches Källager vorhanden sind und daß eine zweite Bohrung hier Aussicht auf Erfolg haben wird.

Kaufhaus Weithold

MARGARETE HILLMANN
GEORG ZENGER
VERLOBTE.

Aue i. Erzgeb., den 19. März 1919.

Rote Speisemöhren

(gesunde, frostfreie Ware)

treffen in diesen Tagen ein und werden dieselben auf hiesigen Güterbahnhof verkauft.

Bestellungen nimmt schon heute entgegen

Willi Möller, Mozartstr. 1. Telefon 857.

Eleganter Damenschreibfisch

preiswert zu verkaufen. Zu erste. In der Geschäftsr. o. 81.

Über 600000 Mark Juwelen gesucht. Ein Juwelentausch wurde Montag nachmittag unter den Linden in Berlin mit äußerster Dreistigkeit in der Goldwarenfabrik und Juwelenhandlung von Wilhelm Stoeh, Friedrichstraße 158, Ende Unter den Linden, ausgeführt. Der Wert der geraubten Juwelen und Goldsachen stellt sich auf 600000 Mark. Auf die Wiederherstellung der Gegenstände hat das berüchtigte Gesetz 20000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Die gefährlichen Bleifolbaten. Nach dem „Tageblatt“ wurde der Geschäftsführer des Warenhauses Tiez in Crefeld vom belgischen Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis und 5000 Francs Geldstrafe verurteilt, weil in der Spielwarenabteilung des Warenhauses Bleifolbaten vorgefunden wurden, welche die Räume zwischen deutschen Feldgrauen und ihren Gegnern darstellten, bei denen die Feinde nicht besonders gut abschnitten. Der Geschäftsführer wurde erst aus der Haft entlassen, nachdem die Firma Tiez 100000 Mark Sicherheit gestellt hatte. (!)

Letzte Drahtnachrichten.

Die Auhebung der Blockade.

Amsterdam, 20. März. (Sig. Drahtber.) In der gestrigen Sitzung des englischen Unterhauses erklärte Arthur Chamberlain während der Debatte über die Finanzlage: Je eher die Blockade aufgehoben werden könnte, umso angenehmer sei es den Alliierten, denen es willkommen wäre, wenn Deutschland einen Teil seines Versorgung aus neutralen Ländern beziehen könnte. (Die Auhebung der Blockade liegt lediglich an dem guten Willen unserer Feinde. Die Red.)

Die Friedenspräliminarien.

Amsterdam, 20. März. (Sig. Drahtber.) Telegraph zufolge wird die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien im Spiegelstaat von Verfaßt erfolgen.

Ein Engländer über den Frieden mit Deutschland.

Amsterdam, 20. März. Der irische Führer John Dillon sagte in einer Unterredung, wenn man nicht bald unter annehmbaren Bedingungen mit Deutschland Frieden schließe, würde es ein Pfund Sterling kosten, um einen Schilling aus Deutschland herauszubringen. Wenn Deutschland tatsächlich würde, gebe er keinen Pfennig für jedes Pfund Entschädigung, das Deutschland auferlegt wird.

Die Neuwahlen in Frankreich.

Bern, 20. März. Vom Progrès de Lyon beschloß die Regierung, die französischen Neuwahlen für die Parlamente usw. im Laufe des Juli stattfinden zu lassen. Dies gestatte den Alliierten, daß man mit einer vollkommenen Demobilisierung aller Klassen der Reserve des aktiven Heeres bis zum 30. Juni rechne. Nouvelles erklärte hierzu, daß bis zum 5. April 2,7 Millionen französische Soldaten ins Zivilleben zurückgelassen werden.

Vom christlichen Arbeiterkongress.

Dijon, 20. März. Der in Dijon tagende christliche Arbeiterkongress faßte eine Entschließung, in der auf eine sofortige Lösung der Ernährungsfrage für die hungernden Länder, die Freilassung der Gefangenen und die Lieferung von Rohstoffen zur Bevölkerung der arbeitslosen Massen hingewiesen wird. Die Entschließung wurde der Friedenskonferenz in Paris übermittelt.

Die Verhandlungen in Posen.

Berlin, 20. März. Zum Übruch der Verhandlungen in Posen (siehe auch unter „A. B. W. Welt.“) äußert die Deutsche Allgemeine Zeitung: Wenn es auch der Chef der interalliierten Kommission, der französische Botschafter Moulins war, der den Übruch ausdrückt, so findet doch auch darin zum Ausdruck, daß der eigentliche Grund in der Weigerung der deutschen Waffenstillstandskommission und der deutschen obersten Generalversammlung zu suchen ist, über die Grenze der mit der deutschen Ehre zu vereinbarenden Abegeständnisse hinauszugehen.

Eine Volksabstimmung für Danzig.

Danzig, 19. März. Nach hiesigen Blättern hat der Landesverband Westpreußen der Deutsch-Nationalen Volkspartei in Telegrammen an die Regierungen, die Parlamente und zuständigen Behörden des Reiches und Preußens angelobt, der immer bedrohlicher werdenden Gefahr einer Besetzung Westpreußens mit Danzig eine Volksabstimmung nach Wilsons Grundlinien verlangt und erklärt, bis zum letzten Atemzug gegen die brutalen Annexionsgesetze der Polen kämpfen zu wollen.

**Blau-weiß gemustert Voile, 115 cm breit,
zu Kleidern und Blusen**

Der Generalstreik.

Berlin, 20. März. Das Gewerkschaftsrecht wird gekriselt, daß bei den heutigen schwierigen Verhandlungen zwischen dem Generalstreik und ganz Deutschland zu einem bestimmten Termin entschieden lasse. Der laute Generalstreikspott der Spartakisten kann auch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß nach dem Ausgang des letzten Berliner Generalstreiks in der Arbeiterschaft ganz Deutschlands eine allgemeine Erleichterung eingetreten sei.

Festjagmung für Deutschland.

Saag, 20. März. Der holländische Schriftsteller Simons fordert im Nieuwe Courant die Holländer zur Einlösung freiwilliger fettloser Wachen auf. Er schlägt vor, unbemerkte Gelehrte auf besonderen Büros zu sammeln und entsprechende Festmärsche auf besondere Märkte zu veranstalten.

Die Umgestaltung Nordschwabens.

Ries, 19. März. Auf der Tagessitzung der heutigen Sitzung des schleswig-holsteinischen Provinziallandtages stand ein Antrag Graf Stanzau, Breitenburg und Gen., betreffend die Umgestaltung Nordschwabens. Der kommissarische Oberpräsident Ribis erklärte jedoch, daß er die Verhandlung dieses Antrages mit Mühe auf die schwierigen diplomatischen Verhandlungen nicht zulassen könne. Der Vorliegende protestierte dagegen, erklärte aber, er müsse sich dem Swane folgen. Nachdem auch der Antragsteller in einer Erklärung schärfste Verwahrung dagegen eingelegt hatte, daß der Bandtag beeindruckt werden sollte, den ordnungsgemäß eingebrachten Antrag zu verhandeln und zum Abschluß zu erheben, wurde der Antrag von der Tagessitzung abgesetzt.

Ein englisches Gesetz.

Berlin, 19. März. Nachrichten aus Konstantinopel zugetragen haben die Engländer nicht nur die gesamte Direktion der Anatolischen Bahngesellschaft abgesetzt, sondern auch das deutsche und einen Teil des deutsch-schweizerischen Personals dieses Privatunternehmens entlassen. Die gesamten Beamtenbestände wurden beschlagnahmt. Nicht nur die Bahnlinien, sondern auch die Geschäftslinien, Wucher, Alters- und Skripturen der Gesellschaft sind von englischen Militäroffizieren der Verfügung der Gesellschaft gewaltsam entzogen worden.

Arktische Tage in Odessa.

London, 19. März. Das Reuterbüro erfuhr, daß nach amtlichen Berichten, welche in London eingetroffen sind, die Tage in Odessa kritisch ist. Die Nachricht, daß die Stadt tatsächlich von den Alliierten geräumt sei, wurde bisher weder bestätigt noch dementiert.

Keine Universität für Hamburg.

Hamburg, 18. März. In der heutigen Bürgerschaftssitzung wurde die Gesetzesvorlage auf Errichtung einer Universität in Hamburg abgelehnt.

Wiegenschiff.

Triest, 19. März. Während eines Fluges von Berlin nach Triest, den Prinz Alfonso, ein Sohn des Herzogs von Aosta, mit Lieutenant Pierotti als Flugzeugführer ausführte, überstieg sich das Flugzeug und stürzte ab. Lieutenant Pierotti blieb auf der Stelle tot, Prinz Alfonso erlitt schwere Verletzungen.

Kunst und Wissenschaft.

Ein Jubiläum im Hause Baedeker. Ein Jubiläum wird gefeiert: Der Inhaber des bekannten Baedekerschen Reisebüros in Leipzig, Dr. Fritz Baedeker, feiert kirchlich das 50jährige Jubiläum seiner Teilhaberschaft im Hause Karl Baedeker. Dr. Fritz Baedeker ist selbst der unermüdliche Mitarbeiter seiner Reisebücher und teilt Jahr für Jahr, um die neuen Auflagen immer vollkommener zu gestalten. 1909 ernannte ihn die Universität Leipzig zum Ehrendoktor. Dr. Fritz Baedeker steht im 70. Lebensjahr.

Aue, den 18. März 1919.

Der Rat der Stadt.

Berantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Schumann.
Druck und Verlag: Aue Druck- und Verlagsanstalt m. b. a.

Aue. Wohnungsbeschaffung.

Diejenigen Personen und Familien aus Aue, die am 1. April ihre Wohnung räumen müssen und voraussichtlich nicht in der Lage sind, sich selbst eine Wohnung zu beschaffen, werden aufgefordert, sich sofort in das Kanzlei des Stadtbauamtes zu melden, damit Vorsorge für eine etwaige Unterbringung durch die Stadt getroffen werden kann.

Aue, den 18. März 1919.

Der Rat der Stadt.

Berantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Schumann.
Druck und Verlag: Aue Druck- und Verlagsanstalt m. b. a.

Empfahle eine Ladung

beste Bwiebeln

10 Pfund 3.50 Mark, eine Ladung schön

rote Rüben

10 Pfund 1.70 Mark

ferner ist wieder ein großer Polten eingetroffen.

Ernst Bauer, Reichsstraße.

Fernsprecher 124.

Leere Fässer

alle Sorten kaufen laufend zu höchsten Preisen

Wilhelm Seemann, Chemnitz-Borna, Telefon 6872.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß am Dienstag mittag unser heißgeliebter, hoffnungsvoller Sohn, Bruder, Enkel, Neffe und Cousin

Fritz Arthur Hecker im blühenden Alter von 19½ Jahren nach langem, schwerem, mit unendlicher Geduld getraginem Leiden sanft und ruhig verschieden ist.

Auerhammer, den 18. März 1919.

In grossem Schmerz

**Richard Hecker und Frau Meta geb. Reich,
Liesel und Herbert als Geschwister
und alle Angehörigen.**

Die Beerdigung findet am Freitag mittag 1/2 Uhr statt.

Im Vertrauen

auf die tiefenfeste erprobte Wirkung, selbst wenn schon vieles andere ohne Erfolg ange-
wendt, nehmen Gewissen bei Monatsabrechnungen
„Gebaut“ destill. ex Cinnamom. Alcoh.
Caryophyl. Pol. meliss. A. officin. Mit. 5, Dual.
extraktart. Mit. 7,50, bei sehr vorindigen Be-
schwerden Doppelreiseli. Mit. 12,50. Bedeu-
tend erprobte Wirkung wird erzielt durch gleich-
zeitige Anwendung von „Gebaut-Zee“. Vatet
Mit. 2,50. Warnung vor Nachnahmen. Ver-
fahrt noch auswärts gegen Nachnahme oder
vorläufige Einführung des Vertrages.
Medizinisches Verhandlungshaus,
Bremen 214, Postfach 225.

Frauenklinik Dr. Burgkhardt, Zwickau
hat jetzt Fernsprecher 2052
(bisher 906).

Stotterer

erhalten gratis meine Broschüre über die Ursache des Stotterns und die Beseitigung desselben ohne Arzt u. ohne Berufsstörung (D. R. P.). Die Zustellung erfolgt sofort in Kuvert ohne Firma vollständig kostenlos. H. Steinmeier, Hagenburg (Schm. Lippe).

Dachpappe, Dachanstrich, Gartenbeeteinfassungen,

von roten Dachziegeln

empfiehlt billigst, solange Vorrat reicht
Walter Kühhöld, Bedachungsgefäßh.
Aue. Telefon 139.

Einige noch sehr gut erhaltene
Ziehpresse

bis 800 mm Tiefe, sowie einige gut erhaltene
Excenterpressen

werden gegen sofortige Rassa zu kaufen gesucht.
Angeb. unter „A. T. 2112“ an die Geschäftsf.

des Auer Tageblatt.

Bienenvölker

ganzen Stand, auch größeren, kaufe gegen Kasse und hole eventl. selbst ab. Günstliche Angebote mit Preis erbeten an **Hermann Briegert,**
Dessau, Tornauerstr. 17.

12-15000 Mk.

auf ältere Hypothek zu leihen gesucht. Angebote erbeten unter „A. T. 2090“ an das Auer Tageblatt erbeten.

29000 Mk.

auf 1. Hypothek auf mod. Eisenstoder Grundstück gesucht.

Brandkasse 40 700 Mark. Vermittler verboten.

Gefl. Angeb. unt. „A. T. 2077“ an d. Geschäft. d. Bl.

Darlehen auf Möb., Hausstand, Wechsel, Schuldscr. usw. schnellst durch **Härtel, Aue.** Ernst-Papst-Str. 33, I. (Ratenreickz. gest. Reell, diskr.)

Auf Grundstück mit Sauplatz gesucht

9000 Mk.

auf 1. Hypoth. von Selbstgeber. Brandt. 11 700 Mk. Gefl. Angeb. unt. „A. T. 2078“ an die Geschäftsf. d. Bl.

Zum Möbel- und Wagenlackieren
Schriftenmalen u. sonstigen besseren Lackierarbeiten

In dunkel und weiß hält sich mit guten **Friedensmaterial** bestens empfohlen

Rich. Seidel
Malermaster

Möbel- und Wagenlackiererei gegr. 1895. Firmenf. 182.

Zöpfe

empf. in großer Auswahl

Stern & Gauger
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue

Wettinerstr. 48 am Wettinplatz
Bereitschaftsamtliche Haarkaufstelle.

Piano gegen Kasse zu kaufen gesucht.

Abtreffen und Preis. unter „A. T. 1866“ Gesch. d. Bl. erb.



Hohe Provision.
Donat Hammerer,
Uhrenfabrikation,
Schonach i. Baden.

Möbelverkauf.

2 Möbelstücke, grün und rot, Rückenholz, Paten-Materialien mit Auflagen. 2 mod. engl. Bettl. mit Matratzen, komplett. Rückenlehneinstellung, 1 rote Garnitur. Sitz und 4 Sessel, Tische, Wanduhren u. Werkzeuge. Schmidt, Ernst-Papst-Str. 31. Mein Laden.

Geb. M. Möbel

aller Art

kaufst zu guten Preisen.

zu verkaufen.

Schmidt, Mein Laden.

Offenbahnstraße 8, 1.

Ein dunkelblauer

Kinderwagen

mit Gummireifen steht zum

Verf. Wettinerstr. 28, 3 L.

Freiwillige für Sachsen's Grenzschutz!

Noch haben wir keinen Frieden. Noch stehen Feinde auf allen Seiten Deutschlands unter den Waffen. Polen und Tschechen bedrohen unsern jungen Freistaat Sachsen. Die Polen ziehen einige Tagmarsche vor Augen, die Tschechen haben größere Truppenmassen unmittelbar an der Grenze unseres Heimatlandes stehen.

Die freie sächs. Republik muß ihre Grenzen selbst schützen.

Es werden daher freiwillige mobile Verbände aufgestellt; sie führen den Namen

Grenzjäger-Abteilungen

und sind zu schnellem, tatkäfigem Handeln berufen, falso ein Feind es wagen sollte, das sächsische Vaterland zu gefährden.

Nur wer den Willen zur strengsten Unterordnung und wer sich im Kriege einwandfrei geführt hat, soll sich zum Eintritt melden.

Die Gebührenisse sind ausreichend.

Bei freier Unterbringung und freier Verpflegung werden mobile Gebühren und eine tägliche Zulage von 5 Mk. gewährt. Die Bestimmungen des Mannschafts-Versorgungsgesetzes und des Militär-Hinterbliebenengesetzes finden Anwendung. Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienst herangezogen im Sinne der Militärversorgungsgesetze. Die Ansprüche auf Familiunterstützung laufen weiter und werden neu begründet. Die Freiwilligen-Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heer.

Kragenabzeichen: Das historische Horn der sächsischen Jäger, Silber, umschlungen von Eichen- und Lorbeerzweigen.

50% aller Kompanie-Offizierstellen können mit älteren im Kriege bewährten Unteroffizieren besetzt werden. Jedem Soldaten wird also in den Grenzjäger-Abteilungen die Möglichkeit gegeben werden, sich für die Offiziers-Laufbahn vorzubilden und Offizier zu werden, da künftig die Offiziers-Laufbahn jedem Soldaten zugänglich sein wird, der sich für sie eignet.

Als Freiwillige werden nur vollkommen felddienstfähige, moralisch einwandfreie Persönlichkeiten eingestellt. Die Mannschaften müssen in der Regel 1½-jährige Dienstzeit hinter sich haben. In Ausnahmefällen können auch junge, unangewiderte Leute zur Einstellung kommen. Die Annahme erfolgt unter nachstehenden Bedingungen:

Verpflichtung auf die Regierung der Republik Sachsen, zu ihrer Unterhaltung im Schutz der Landesgrenzen und in der Sorge für Ordnung und Sicherheit innerhalb ihres Staatsgebietes,

Unterordnung unter die eingezogenen Führer, denen Soldaten (Vertrauens-) Mäte zur Seite stehen. Verpflichtung auf einen Monat vom Tage des Eintrittens beim Truppenteil mit 14-tägiger Kündigungsfrist am 1. und 15. des Monats. Wird die Kündigung zu dieser Frist von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen, so gilt der Vertrag um einen Monat verlängert. Die Entlassung eines Freiwilligen kann nur von dem Truppenteil ausgesprochen werden, bei dem er Dienst tut. Bei groben Vergehen des Freiwilligen oder völlig Ungeeignetheit für die Zwecke des Grenzschutz-Abteilung ist der Truppenteil berechtigt, den Freiwilligen sofort zu entlassen.

Meldungen sind schriftlich oder persönlich der Grenzjäger-Abteilung Nr. 1 in Königsbrück, der Grenzjäger-Abteilung Nr. 2 in Weissenberg, der Grenzjäger-Abteilung Nr. 3 "Nossitz" in Postau-Lengefeld oder der Grenzjäger-Abt. Nr. 4 in Dönmühl einzustellen. Die hierzu erforderlichen Formulare sind bei jeder Gemeindebehörde und Stadtverwaltung zu haben.

Sachsen! Herbei zum Schutze Eurer Familien, Eurer Eltern, von Haus und von Herb! Helft mit an der Sicherung Eurer Heimat und am Bau einer guten sächsischen Zukunft!

Sächsische Freiwilligen-Grenzjäger-Abteilungen 1, 2, 3 und 4.

Notentlich. Vortrag findet am Donnerstag, d. 20. März,

im Saale des Pfleiderhauses in Aue statt. — Anfang abends 7 Uhr.

Thema: "Gott und die gegenwärtigen Weltnoten".

Vedermann bei freiem Zutritt eingeladen. Pred. N. Krauschitz.

Für einen Raum. Beleuchtung wird ab Österre.

Bension,

mögl. m. Familienanschl.

gesucht. Angebote erb. unter

A. T. 2082 or das Auer Tageblatt.

Reichs- und

Stadtverw.

an die Geschäftsf. d. Bl.

oder ab Österre.

oder ab Österre.